

»» Schwimmbäder: teuer für die Kommunen, aber auch eine wichtige soziale Infrastruktur

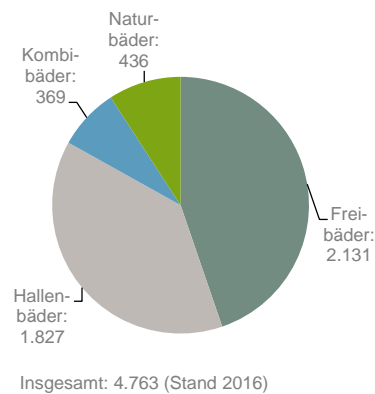


Nr. 138, 17. Juli 2017

Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, stephan.brand@kfw.de
Dr. Johannes Steinbrecher, Telefon 069 7431-2306, johannes.steinbrecher@kfw.de

Bei sommerlichen Temperaturen strömen Jung und Alt in die Schwimmbäder auf der Suche nach Abkühlung und Badespaß. Aktuelle Schätzungen gehen von über 4.700 Bädern in Deutschland aus (Grafik 1).¹

Grafik 1: Aufteilung nach Bädertypen



Quelle: Weilandt, M. und O. Wulf (2016), a. a. O.

Bäder werden, ähnlich wie Sportstätten, als wichtige soziale Infrastruktur geschätzt. Sie dienen u. a. als gesellschaftliche Interaktionsstätte und können dem Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen entgegenwirken. Für die Kommunen ist ein Schwimmbad darum ein wichtiges Angebot für die Bürger. Mit 80 % befindet sich das Gros der Bäder in kommunaler Trägerschaft.

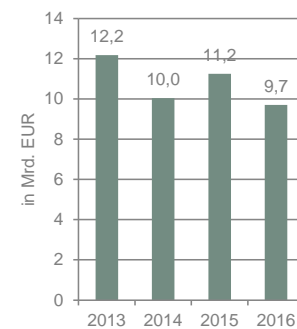
Allerdings sind Bäder auch teuer: Der Kostendeckungsgrad liegt gerade einmal bei ca. 30 %. Rund 5–10 EUR je Besucher müssen deshalb durch die Kommunen bezuschusst werden.² Auch die Instandhaltung ist teuer. Viele Schwimmbäder wurden errichtet, als es den Kommunen finanziell gut ging.

Nun steht vielerorts die Modernisierung bzw. Sanierung an, doch die Mittel sind häufig knapp. Trotz zuletzt positiver Entwicklungen beziffern die Kommunen im KfW-Kommunalpanel 2017 den Investitionsrückstand bei Sportstätten und Bädern auf 9,7 Mrd. EUR (Grafik 2).

Rund 13 % der Bäder wird ein mangelhafter oder ungenügender Zustand attestiert, auch bei Bädern im besseren Zustand besteht erheblicher Modernisierungsbedarf.³ Obwohl bislang nur ein geringer Teil der Bäder tatsächlich von einer Schließung betroffen ist, wird diese Option für mehr als ein Zehntel in Erwägung gezogen. Dies dürfte insbesondere in finanzschwachen Kommunen der Fall sein: Bei Bädern handelt es sich um „freiwillige“ Aufgaben, die bei schwieriger Haushaltslage häufig als erstes dem Rotstift zum Opfer fallen.

Die Kommunen stehen dabei vor einem Dilemma: Der Nutzen von Bädern, wie der von anderen sozialen Infrastrukturen auch, lässt sich nur schwer nach Wirtschaftlichkeitskriterien bemessen. So erschwert das Schließen von Bädern z. B. den Schwimmunterricht.⁴ Auch zeigt sich, dass vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Gruppen ein höheres Risiko für Bewegungsmangel und Übergewicht haben.⁵ Gerade diese müssen aber häufig auf öffentliche Angebote zurückgreifen. Dem schwer messbaren Nutzen stehen dabei eindeutig quantifizierbare Kosten gegenüber.

Grafik 2: Investitionsrückstände bei Sportstätten und Bädern



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014–2017.

Wie können Kommunen also auch zukünftig solche Angebote sicherstellen?

Natürlich benötigen Kommunen dafür eine angemessene Finanzausstattung. Darüber hinaus müssen sie sich aber auch früh auf haushälterische Realitäten einstellen. Dazu gehört eine realistische Einschätzung der (zukünftigen) Bedarfe und eine sinnvolle Priorisierung der Ausgaben. Auch können Kooperationen oder die stärkere Einbindung privater Akteure wie Vereine helfen, die Kosten zu decken.⁶ Hohen Betriebskosten kann z. B. durch energetische Sanierungsmaßnahmen begegnet werden. Dafür stehen häufig sogar Fördermittel zur Verfügung.⁷

Wichtig ist, dass die politischen Entscheider Augenmaß bei der Abwägung zwischen Ausgabeneffizienz und Bürgerbedürfnissen walten lassen.⁸ Dies erfordert überdies die Berücksichtigung der Folgekosten, damit die Kommunen auch in Zukunft wichtige freiwillige Leistungen wie Bäder anbieten können. ■

¹ Eine amtliche Statistik zu Sportstätten und Bäder liegt nicht vor. Wesentliche Eckwerte müssen deshalb geschätzt werden. Vgl. Weilandt, M. und O. Wulf (2016): Sanierungsbedarf und Schließungspläne in der deutschen Bäderlandschaft. Ältere Schätzungen gingen sogar von über 7.000 Bädern aus. Vgl. Ochsenbauer, C. (2012): Bestand der Öffentlichen Bäder in Deutschland höher als bisher ermittelt.

² Vgl. DStGB (2015): Kommunale Schwimmbäder: Unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge.

³ Der bundesweite Sanierungsbedarf wird auf 4,6 Mrd. EUR geschätzt. Rund 1,4 % der Bäder sind konkret von Schließungsplänen betroffen, für 12,5 % wird dies immerhin überlegt. Vgl. Weilandt, M. und O. Wulf (2016): a. a. O.

⁴ Die mangelnde Schwimmfähigkeit von rd. 50 % der Grundschüler wird auch auf unzureichende Übungsmöglichkeiten zurückgeführt. Vgl. SZ (2016): Ins Schwimmen gekommen.

⁵ Siehe z. B. Lampert, T. und B.-M. Kurth (2007): Sozialer Status und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Deutsches Ärzteblatt, Jg. 104, Heft 43, S. 521ff.

⁶ Hierbei ist aber auf das europäische Wettbewerbsrecht zu achten. Vgl. FAZ (2017): Die Last mit dem Schwimmbad.

⁷ Siehe dazu bspw. LT-Drs. 16/4738 NRW. Neben diversen Landesprogrammen stellt z. B. auch das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur" Gelder bereit. Die Nachfrage der Kommunen war aber deutlich höher als die zur Verfügung stehenden Mittel, vgl. Kommunal (2016).

⁸ Siehe z. B. FAZ (2017): Sommer, Sonne, Freibad.